

Politisches Handeln braucht Transparenz

Anita Möllering

1. Unser Anspruch

Die PIRATEN fordern Transparenz in Politik und Verwaltung: weil politische Entscheidungen für den Bürger nachvollziehbar sein müssen. Denn: Politik ist für den Bürger da und vom Bürger finanziert und beauftragt. Der Bürger ist für uns PIRATEN dabei nicht nur ein passives Objekt politischer Verwaltung, sondern ein aktiver Teilnehmer der Politik, ein *zoon politikon*, ein Wesen, das am politischen und sozialen Leben teilhaben möchte. In dieser Form ist er mündig zum politischen Handeln und Gestalten. Der Bürger muss deshalb Mittelpunkt der Politik sein. Er, der Bürger, wählt sich in einer repräsentativen Demokratie seine Vertreter, weil er manchmal eben auch Aufgaben und Entscheidungen delegieren muss. Er hat damit unserer Auffassung nach das selbstverständliche Recht zu wissen, wie seine Vertreter die Aufgabe erfüllen und in alle Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden, sofern er dies möchte. Der Bürger hat ein Recht darauf zu erfahren, welche Entscheidungen von wem, wann und aus welchem Grund gefällt werden. Er hat einen Anspruch darauf zu erfahren, auf welcher Basis die von ihm gewählten Politiker Entscheidungen fällen und in welchen politischen und wirtschaftlichen Netzwerken sie sich bewegen. Er hat das Recht darauf zu kontrollieren, was in der Politik passiert. Und er hat das Recht darauf, an den Entscheidungen effizient, komfortabel und mit niedrigen Kosten mitzuwirken. Nichts anderes darf in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung geschehen.

2. ... und die Wirklichkeit

Was sich so selbstverständlich anhört, dass es fast zu banal klingt, um darüber zu reden, ist es in unserer derzeitigen politischen Ordnung ganz und gar nicht. Wir haben heute Politiker, die sich mit dem Einzug in die Politik in ihren Elfenbeintürmen verschanzen und akribisch kontrollieren, dass nur das notwendige Minimum an Information nach draußen, zum Bürger, dringt. Wir haben Politiker, die darauf bedacht sind, lediglich bereits gefällte und damit kaum noch anzufechtende Entscheidungen zu präsentieren. Wir haben Politiker, die sich mit Klauen und

Krallen dagegen wehren, offenzulegen, von wem sie wann welche Geldleistungen erhalten haben. Sie zwingen dadurch Opposition und interessierte Bürger dazu, selbst herauszufinden, welche Interessen sie womöglich dadurch noch vertreten. Begründet wird dies mit ihrem politischen Expertentum, für das sie vom Wähler gewählt und beauftragt wurden. Ob sie die angepriesene politische Expertise und ihr Versprechen an den Bürger auch in der politischen Praxis beweisen können, bleibt dabei weitestgehend im Dunkeln. Denn dafür bräuchte es ja transparente Strukturen. Und was am Ende herauskommt, ist nicht selten ernüchternd: aktuell zum Beispiel ein gescheitertes Flughafenprojekt, wo nun wiederum ein Untersuchungsgremium unter Leitung der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin bis Ende 2013 und darüber hinaus allein damit beschäftigt sein wird, herauszufinden, was wann wo gelaufen ist und wo es Fehler in der Planung und bei Entscheidungen gab. Begründet wird diese Geheimniskrämerei auch gerne mit einem vertraulichen Raum, um sachpolitische Entscheidungen ohne stetige Wahlkampfplänkelei treffen zu können. Wie groß und weitreichend dieser vertrauliche Raum denn wirklich sein muss und wie sich Transparenz auch ohne stetige Öffentlichkeit schaffen lässt, wird lieber nicht diskutiert. Denn dafür bräuchte es ja ein transparentes und offenes Staatswesen. Und die Nebeneinkünfte? Hier fürchtet man gar den »öffentlichen Pranger«, wenn der Bürger alles wüsste. Nebeneinkünfte werden Politikern unserer Ansicht nach aber niemals zum Vorwurf gemacht werden, wenn sie sich zeitlich im Rahmen einer Nebeneinkunft bewegen, keine politischen Abhängigkeiten zu wichtigen Interessensgruppen schaffen und so das politische Mandat nicht gefährden. Um sich jedoch nicht mit diesen wichtigen Fragen der politischen Abhängigkeit und möglicherweise auch dem Geldwert des Politikerseins auseinandersetzen zu müssen, wird eine wirklich transparente Lösung der Offenlegungspflichten bereits seit vielen Jahren immer wieder vertagt.

3. Warum ist Transparenz so schwierig?

Warum ist Transparenz so schwierig? Weil der Begriff Transparenz, meistens mit dem Begriff der absoluten Öffentlichkeit verwechselt wird. Und weil, in der politischen Diskussion die Idee des »gläsernen Staates« – bewusst oder aus Unkenntnis – mit der Vorstellung vom »gläsernen Bürger« verwechselt wird. Beide Ideen aber, der »gläserne Staat« und der »gläserne Bürger« fußen auf grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Werten.

Fangen wir bei den Begriffen Transparenz und Öffentlichkeit an. Transparentes politisches Handeln setzt nicht immer absolute Öffentlichkeit voraus. Selbstverständlich muss es auch in der Politik vertrauliche Räume geben, um bestimmte Probleme sachorientiert erörtern zu können. Selbstverständlich muss auch in der

Politik nicht alles in 24/7-Echtzeit unter den Augen der Bürger stattfinden. Das ist auch nicht sinnvoll. Auch wir PIRATEN, die sich Transparenz auf die Fahnen geschrieben haben und als neue politische Kraft bereits in vier Landesparlamente eingezogen sind, müssen derzeit genau definieren, wie sich transparentes politisches Handeln realisieren lässt, ohne handlungsunfähig zu werden.

4. Erfahrungen mit absoluter Öffentlichkeit

Wir sind hier – entgegen vielen Parteien – sehr mutig und beginnen das Ausloten neuer Möglichkeiten beim Extrem der absoluten Öffentlichkeit. Und hier machen wir zum Beispiel die Erfahrung, dass sich bei absoluter Öffentlichkeit in Gremien und Arbeitsgruppen während wichtiger Erörterungen eines Themas eben aufgrund der absoluten Öffentlichkeit zwei oder mehr Personen in einen persönlichen Gesprächsraum zurückziehen – also einen Raum, der nicht nur für den Bürger, sondern auch den Rest des Gremiums absolut intransparent wird. Kurz: Wir machen die konkrete Erfahrung, dass absolute Öffentlichkeit zu einem noch höheren Maße an Intransparenz in der Politik führen kann. Das wollen wir nicht. Deshalb kommen auch wir zu der Einschätzung, dass es in bestimmten, klar zu definierenden Situationen den vertraulichen Raum braucht. Das heißt aber nicht, und hier wird es wichtig, dass dieser nichtöffentliche Raum gleichzeitig auch nichttransparent ist. Dem Bürger und auch allen Mitgliedern der Piratenpartei müssen diese nichtöffentlichen Räume transparent gemacht werden. Zum Beispiel, indem klar und öffentlich dargestellt wird, wer sich wann wo und warum und zur Erledigung welcher Aufgabe nichtöffentlich trifft.

5. ... und Konsequenzen

Beim »Wer« sind wir wieder beim Thema Nebeneinkünfte, Abgeordnetenbestechung und Lobbyismus. Die Kenntnis des politischen Netzwerks und die Verquickungen mit der privaten Wirtschaft und anderen Institutionen sind hierbei von hoher Wichtigkeit. Auch die Eckpunkte »warum« und »zu welchem Ziel« sind verpflichtend zu beantworten. Denn das »Warum« zwingt das Gremium immer wieder selbst, darüber nachzudenken, ob es wirklich einen triftigen Grund für die Nichtöffentlichkeit gibt und welche Motivation dahinter steht. Auch die Veröffentlichung des Gesprächsziels schafft Transparenz: weil dann auch ohne Untersuchungsausschuss im Nachgang schnell nachvollziehbar ist, in welchem Rahmen über eine bestimmte Entscheidung diskutiert wurde und wer daran beteiligt war. Neben der Vorankündigung ist auch der Bericht im Nachhinein von äußerster

Relevanz, um die Transparenz des Gremiums zu gewährleisten. Hier ist sicher auch über den Einsatz neutraler Berichterstatter nachzudenken, die eine objektive Darstellung garantieren. Das ist nur ein Beispiel, das an dieser Stelle vor allem eins zeigen soll: Transparenz und Vertraulichkeit in der Politik sind kein Gegensatz. Sachpolitisches Handeln ist auch in transparenten Strukturen möglich.

6. Gläserner Staat und Gläserner Bürger – zwei verschiedene Paar Schuhe

Kommen wir zum zweiten Aspekt, der Transparenz scheinbar oft so schwierig macht: die Unterscheidung zwischen »gläsernem Staat« und »gläsernem Bürger«. Wir PIRATEN kämpfen für den »gläsernen Staat« und gegen den »gläsernen Bürger«. Der Bürger als Auftraggeber seiner politischen Vertreter hat ein Grundrecht darauf zu erfahren, wie diese ihren Auftrag erfüllen. Denn der Staat ist für den Bürger da. Andersherum gilt dies nicht: Der Bürger ist nicht für den Staat da. Die Aufgabe des Staates ist es nicht, den Bürger zu kontrollieren. Ganz im Gegenteil: Die Aufgabe des Staates ist es, den Bürger zu schützen, eben auch in seiner Privatheit. Es ist seine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und Privatsphäre zu jeder Zeit gewährleistet werden – damit es niemals diesen »gläsernen Bürger« geben wird. Dieses Bürgerrecht gilt natürlich auch für Abgeordnete.

Ja, genau. Kommen wir noch einmal zur derzeit tobenden politischen Debatte um die Nebeneinkünfte von Politikern wie Peer Steinbrück zurück, da diese – insbesondere was den Begriff der Transparenz betrifft – sehr bezeichnend ist. In dieser Debatte tauchten plötzlich, neben der vollends berechtigten Forderung nach Offenlegung der Nebeneinkünfte im politischen Amt, Forderungen des politischen Gegners auf, Steinbrück solle doch seine Steuererklärung veröffentlichen. Gleichzeitig warf Steinbrück selbst in die Diskussion, Transparenz gäbe es nur in Diktaturen. Hier geht es um die Bürgerrechte, die auch für den Abgeordneten gelten. Ein Abgeordneter muss als politische Person dazu verpflichtet sein – und dies auch als selbstverständliche Selbstverpflichtung sehen –, alle Einkünfte offenzulegen, die er neben seinem Amt ausübt und die in direkter Beziehung zu seiner Tätigkeit als Abgeordneter stehen. Hier geht es nicht nur um die reine Summe, sondern auch um die Angabe des Auftraggebers und den Inhalt des Auftrags. Ob die Richtigkeit der Angaben am Ende des Jahres z. B. durch vertrauliche Personen in der Bundestagsverwaltung anhand der Steuererklärung gegengeprüft wird, steht auf einem anderen Blatt. Auf jeden Fall darf Steinbrück und auch kein Abgeordneter dazu verpflichtet werden, seine Steuererklärung für alle Welt zu veröffentlichen: Denn das ist auch bei einem Abgeordneten seine Privatangelegenheit

als Bürger dieses Staates. Würden wir dies verlangen, würden wir – da gebe ich Steinbrück Recht – tatsächlich eine Bürgerüberwachung fordern und wären somit nicht weit entfernt von totalitären Strukturen. Gleichzeitig können wir Steinbrück dafür kritisieren, dass er – wie viele andere auch – Transparenz des Staates und Transparenz des Bürgers – ich unterstelle: bewusst – vermengt und nicht klar voneinander trennt.

7. Transparenz in der Politik – ein Gewinn für die Demokratie

Wie wollen wir PIRATEN nun Transparenz in die Politik bringen? Wir wünschen uns OpenGovernment, einen transparenten, partizipativen und offenen Staat. Dafür müssen alle Datenbestände der öffentlichen Verwaltung, sofern sie nicht personenbezogen oder sicherheitsrelevant sind, lizenzfrei und maschinenlesbar im Internet für den Bürger abrufbar sein (OpenData). Unsere digitale Welt mit all ihren technologischen Möglichkeiten stellt die notwendigen Technologien dafür bereit. Alle bereits bestehenden Möglichkeiten der Veröffentlichung sollten schlicht genutzt werden. Dafür muss noch bestehendes Papierwerk in digital abrufbare Dokumente umgewandelt werden. Auch an den bereits laufenden OpenData-Projekten der Regierung muss der Bürger beteiligt werden, denn schließlich geht es ja um seine Information. Und nur wenn der Bürger mit allen notwendigen Informationen versorgt wird, wird auch ernsthafte Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen möglich. Zum OpenGovernment gehört für uns weiterhin der freie Zugang zu öffentlich finanzierten Werken zur Wieder- und Weiterverwendung (OpenCommons) und die Wissensfreiheit durch die Veröffentlichung von Archiven, staatlich oder kommunal geförderter Forschung und Entwicklung (OpenAccess).

Gibt es durch Transparenz und Partizipation tatsächlich etwas zu gewinnen? Definitiv ja.

Durch transparentes politisches Handeln wird demokratische Kontrolle möglich. Das stärkt das Vertrauen des Bürgers in die Demokratie, den Staat und die Entscheidungsträger. Politische Entscheidungen werden so weit mehr akzeptiert als bisher. Nicht nur das: Durch die weitreichende Begleitung politischer Projekte durch den Bürger können Fehlstellungen frühzeitig korrigiert werden, sodass uns manches Desaster in Zukunft möglicherweise erspart bleibt. Und schlussendlich: Korruption, Miswirtschaft und Amtsmissbrauch wird der Boden entzogen. Öffentliche Daten sind ein Gemeingut. Der Bürger ist nicht in der Hol-, sondern die politische Verwaltung in der Bringschuld. Mit OpenGovernment gelingt uns der Staat, den aktive Staatsbürger in einer Demokratie wünschen und wollen.

Die dunklen Seiten der Transparenz und die Widersprüche der Transparenten

Claus Leggewie

»TRANSPARENZ!« IST EIN POSTULAT, das gegenwärtig an alle möglichen politischen, medialen und wissenskulturellen Phänomene herangetragen und kontrovers verhandelt wird: Den einen gilt sie, wie Anita Möllering, als fundamentale Bedingung partizipatorischer Demokratie und Informationsfreiheit, von der sie eine Erneuerung der politischen Kultur erwarten. Andere, wie beispielsweise Byung-Chul Han, sehen darin ein Instrument sozialer Kontrolle, das die Voraussetzungen von Individualität und persönlicher Freiheit, von kultureller Differenz und Vertrauen zugunsten des Terrors einer gleichgeschalteten, nivellierten »Transparenzgesellschaft« zum Verschwinden bringe.

So kommen wir ernsthaft nicht weiter. Zur Schärfung des Begriffs muss man seine ganze Dialektik einfangen – das stets ambivalente Spannungsfeld zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, Geheimnis und Wissen, Kontrolle und Vertrauen, Tabuierung und Tabubruch, zwischen Praktiken der Enthüllung und Verhüllung. Wissenschaftlich ist die polemische Debatte, die sich an Skandalen wie dem Disertationsbetrug des Freiherrn von und zu Guttenberg, an satten Honoraren des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, an undichten Stellen im Umkreis des Papstes, an der Vertuschung von Geheimdienstspannen wie an der systematischen Ausspähung von Staatsgeheimnissen durch Wikileaks, an den Machenschaften des Finanzsektors (Libor) und vielem mehr entzündet hat, inter- und transdisziplinär anzugehen. Denn hier werden Grundprobleme der politischen Kultur ebenso aufgegriffen wie staats- und verfassungsrechtliche Fragen der Meinungsfreiheit und der Persönlichkeitsrechte.

Verhandelt werden dabei Problemlagen der gesamten Medienevolution von den Flugschriften der Reformations- und Revolutionsära über die Fotografie, die Printmedien und die elektronischen Massenmedien bis zu den Social Media, die stets ihre Enthüllungsgeschichten brachten, aber auch Selbstzensur betrieben. Nicht zuletzt sind auch Beichte und Psychoanalyse Medien der Generierung von Transparenz. Aber oftmals ist ein und derselbe Vorgang wie zum Beispiel die Verschleierung des weiblichen Gesichts Ver- und Enthüllung zugleich, indem es sich den Blicken der Umgebung verschließt und sich eben damit in der Öffentlichkeit als eine Muslima (oder doch: Nonne?) entpuppt. Textilien machen die

materiale Dimension des Vorgangs sichtbar, ähnlich Verpackungen, Buchdeckel und dergleichen. Ideengeschichtlich ist mit dem Intellektuellen ein regelrechter Enthüllungsvirtuose aufgetreten, dessen Spezies sich oft genug in den Dienst der Vertuschung anderer Vorgänge gestellt hat.

Diese Abwägungen führen mich keineswegs dazu, Anita Möllering's Grundforderungen in Frage zu stellen, die völlig berechtigt sind und Wikileaks genau wie die Piraten verdienstermaßen ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt haben. Ebenso wäre es albern, die in der Praxis der Partei und Fraktionen offensichtlich gewordenen Defizite gegen das von ihnen so vehement verfochtene Prinzip zu kehren und ihnen vorzuhalten, sie wären ja selbst nicht transparent. Deutlicher als andere Vertreterinnen des Transparenz-Postulats stellt Möllering klar, wo auch Piraten closed shops, vertrauliche Gespräche im Hinterzimmer oder am Telefon, für zielführend halten – sie möchten allerdings jeweils publik machen, dass sie das getan haben.

1. Die Piraten stehen mit ihrer Forderung in einer langen, ja edlen Tradition, die auch Kritiker resümierend anerkennen: »Wie wichtig [...] die Steigerung der Durchschaubarkeit von Politik und Verwaltung ist, lässt sich vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen zähen Wahrung des Staatsgeheimnisses ermessen. Vom mystischen ›Arkanum‹ des mittelalterlichen Königtums über das kameralistische Staatsgeheimnis der absolutistischen Fürsten und ihrer Geheimräte bis zum Amtsgeheimnis der modernen Bürokratien seit dem 19. Jahrhundert sorgte das exklusive Herrschaftswissen durchgehend für einen tiefen Graben zwischen Obrigkeit und Untergebenen.« (Andreas Zielcke, *Süddeutsche Zeitung* 29.03.2012). Die Piraten setzen diese Tradition der Lüftung von arcana imperii fort, verbunden mit einer ausgesprochen vergemeinschaftungsfreundlichen Revision des herrschenden Verständnisses geistigen Eigentums und des Urheberrechts. Damit sind sie, was man eigentlich von Urliberalen und Grünen hätte erwarten dürfen, die Vorkämpfer der Informationsfreiheit, die auch und gerade moderne Staatsapparate höchst lückenhaft gewähren.

Vieles, was unter Prävention von Terrornetzwerken und Organisierter Kriminalität oder beim Jugendschutz vor Pädophilie und Pornografie gelaufen ist, hat diese Position bestärkt; spätestens die weltweiten Proteste gegen das Urheberrechtsabkommen ACTA im Februar 2012 haben den entgeisterten politischen Eliten gezeigt, welche Kraft ein Mobilisierungsmotiv in einem Bereich hat, den sie für völlig nebensächlich oder für ein reines Spezialthema von Nerds gehalten hatten. Allein in München waren 16.000 Menschen bei eisiger Kälte auf die Straße gegangen, um gegen die intransparente Form des Zustandekommens wie den Inhalt von ACTA Flagge zu zeigen – und sie errangen einen ersten Erfolg, weil die Bundesregierung die Zustimmung zurückzog.

2. Dabei werden die Tücken dieses political approach sichtbar: Die Piraten opponieren vornehmlich gegen Verbote und Vorschriften, Gesetze und Regulierungen, also gegen bestimmte Aspekte von Staatlichkeit, die in der »Netzgemeinde« für obsolet gehalten werden. Das libertäre oder anarchistische Gegenprogramm: Lasst uns nur machen, am Ende kommt mehr Freiheit für alle heraus. Im Ranking der Empfindlichkeiten und Empörungsanlässe stehen staatliche Eingriffe und Interventionen ganz oben. Weitgehend unbehelligt bleiben hingegen die privat-kommerziellen Interessenten, deren Distributionsmittel die Piraten und vor allem ihre Basis und Wählerschaft fast unkritisch nutzen: Microsoft und Apple, Twitter und Facebook.

Die Ausgestaltung des Internet als »Marktplatz der Ideen« steht in einer ambivalenten Pfadabhängigkeit – zum einen als Markt- und Spielplatz, indem Konsum- und Unterhaltungsbedürfnisse hemmungslos im Vordergrund stehen, zum anderen als Agora und Forum politischer und sozialer Partizipation, in denen viele Aspekte der antiautoritären Revolte aufbewahrt und weiterentwickelt wurden. Radikale Individualisierung und vehemente Gemeinschaftsrhetorik bilden die Flanken eines neuen medial-industriellen Komplexes, der einer deliberativen Demokratie dieselben Instrumente an die Hand gibt wie dem Mainstreaming des Geschmacks und der sozialen Präferenzen. Im Prozess der Medienevolution distanziert sich die »Internet-Generation« von den Unterhaltungs- und Politikformaten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens klassischer Provenienz und gestaltet, in partieller Affinität zum Unterhaltungsstil und zur Rhetorik des privat-kommerziellen Fernsehens, den Marktplatz der Ideen auch zur Politikarena um, der vor allem die strukturierte Vergemeinschaftung via Social Media zugrunde liegt.

Was man Ende der 1990er Jahre an Filtern, Blockiersoftware und Suchmaschinen kritisieren konnte,¹ nämlich die Privatisierung von Zensur und Geschmackbildung in den Händen von großen Unterhaltungs- und Medienkonzernen, gilt heute noch mehr. Wenn in der alten Welt der Bücher und Bilder, der Zeitungen und des unidirektionalen Fernsehens für den Staat und das politische System galt, dass sie sich nicht einzumischen hätten, so gilt das in der neuen Welt der digitalisierten Kommunikation mit noch viel größerer Berechtigung für die Medienkonzerne Microsoft, Google und Facebook. Der Staat bleibt da, wo er Zensur und Kontrolle ausübt, der »übliche Verdächtige«, gewiss. Aber die Zensur- und Kontrollmacht der Medienkonzerne zu übersehen, wäre fahrlässig und fatal; bei ihnen konzentrieren sich schon ökonomisch alle Mittel, die öffentliche Meinung zu formen und zu formatieren. Der Antietatismus der anarchistischen Bewegungen, die sich im

¹ Vgl. Claus Leggewie: Enteignet Bill Gates!? Staatliche Regulierungsversuche im Internet, in: Claus Leggewie u. Christa Maar (Hg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie, Köln 1998, S. 207–222.

Internet eine Gesellschaft nach ihrem Bild geschaffen zu haben meinen, lässt eine kritische Betrachtung und politische Opposition gegen die neoliberale Ideologie des »großen Marktplatzes der Ideen« vermissen, die großenteils nicht selbstorganisiert ist, sondern von den genannten Medienagglomerationen beherrscht wird. Die Machtfrage wird nicht gestellt, eine Enteignungsforderung gegen Mark Zuckerberg ist mir nicht zu Ohren gekommen.

Heute geht die Bedrohung der freien Rede – und notabene: des freien Marktes! – weniger von Big Brother, also den Wahrheitsministerien autoritärer Obrigkeitsstaaten aus als vom Konformismus eines kulturindustriellen Komplexes in privaten Händen. Da nun das Internet und speziell das Web 2.0 wichtige Produktionsmittel politischer Aktivitäten sind, ist das Schweigen gegenüber der Machtkonzentration fatal und eine radikale Kritik der Produktionsmittel so notwendig wie zu Beginn der bürgerlichen und industriellen Revolutionen.

Neue Soziale Medien zur politischen Potenz zu erheben, ist aus mehreren Gründen ein Kategorienfehler. Der wichtigste Grund ist ihr privat-kommerzieller Charakter, während politische Aktion Öffentlichkeit vorschreibt und Gewinn-Orientierung ausschließt. Es wäre fatal, wenn Internet-affine Akteure im (durchaus berechtigten) Misstrauen gegen staatliche Machtmonopole die geballte Macht wirtschaftlicher Oligopole übersehen würden. Die ebenso simple wie umstürzende Geschäftsidee des Facebook-Gründers Zuckerberg bestand bekanntlich darin, Surfprofile und Kontakte von Konsumenten im Netz zu erstellen und sie mit Gewinn weiterzuverkaufen. Facebook verbindet virtuelle Face-to-Face-Gemeinschaften, deren Mitglieder sich nicht persönlich kennen müssen, aber über Interfaces verbunden sind und darüber regelmäßig (meist private) Informationen austauschen, sich verabreden, eine Fan-Thematik pflegen (z. B. Computer-Rollenspiele), dabei eine eigene Sprache und eventuell einen speziellen Wertekosmos herausbilden, Lebensstile gemeinsam ausprobieren und sich nach außen abgrenzen. Daran wirken unterdessen mehr als eine halbe Milliarde Menschen mit – als »freie Mitarbeiter« eines Konzerns, der ihnen Klarnamen und Konterfei abverlangt, aber die gespeicherten Mitarbeiterdaten nicht mehr herausrücken will. Problematisch ist auch, dass Facebook – im Gegensatz zu anderen Medien – selbst ein ausgrenzendes und autoritäres Medium ist, in dem es seine Dienste nur durch ein Tauschgeschäft von Daten zur Verfügung stellt. Wer sich (nicht aus Technologieverweigerung, sondern aus Gründen der informationellen Selbstbestimmung) diesem »Tauschgeschäft« verwehrt – und das sind in der Regel kritische Konsumenten und Bürger – wird aus der Pseudo-Öffentlichkeit von Facebook ausgeschlossen. Bestimmte Kommentierungsfunktionen in Online-Plattformen und Blogs sind derweil nicht mehr ohne eine Mitgliedschaft bei Facebook möglich.

Ein weiterer Vorbehalt gegen eine Politisierung via Facebook ist die Gleichsetzung von Bürgern mit Nutzern. Facebook sammelt nicht nur Daten, mit denen

Bedürfnisse gelenkt werden können, es sammelt über den Like-Button bevorzugt Meinungen, mit denen durch personalisiertes Branding und Reputationsmanagement Bedürfnisse geschaffen werden können. Unter dem Vorwand totaler Transparenz hat sich eine undurchsichtige Datensammlung etabliert, die jenen, denen sie freundlichst unter den Arm greift, auch die Prioritäten darüber vorgibt, was subjektiv relevant ist und was nicht. Zur Nachricht an den engen Freundeskreis melden sich die passende Werbung und vor allem jene Freunde, die Facebook-Algorithmen für die richtigen halten.

Zusammenfassend ignoriert der politisch gemeinte Klick ein Kernelement demokratischer Kommunikation – die ausgewogene, nicht durch Sympathie oder Antipathie verzerrte Debatte. Deliberation kann nicht funktionieren, wenn sämtliche Inhalte ich-zentriert, also auf ein individuelles Profil abgestimmt sind, das zugleich einem von (Zu-)Stimmungen außergeleiteten Konformitätszwang untersteht. Die sozialen Medien suggerieren bloß spielerische Wahlmöglichkeiten, in Wirklichkeit erlauben oder erzwingen Vernetzung und Verdattung den permanenten Abgleich mit anderen, zur Pflege des eigenen sozialen Kapitals. Soziale Kontrolle entsteht hier nicht durch staatliche Überwachung und Repression, sondern in der freiwilligen, durch Generations- und Modeeffekte verstärkte, Sozio-metrie mit Bekenntniszwang. Als »Freunde« konnotierte Andere wachen über die Hipness und Hinnehmbarkeit von Präferenzen, im Extremfall drohen bei Abweichung Exklusion, Mobbing und sozialer Tod. Es wäre fatal, wenn diese Mischung von kollektivem Transparenzzwang und individueller Authentizitätsbehauptung Präferenzen bei Wahlentscheidungen und politischen Optionen beeinflussen würde.

3. Wo die Piraten Recht haben: Es geht heute um nicht weniger als eine neue Eigentumsordnung geistiger und materieller Werte und die radikale Informationsfreiheit durch Transparenz und offenen Zugang. Die Piraten nennen das Commons-Politik, den Schutz einer transnationalen Allmende des Wissens, das der Menschheit ohne Einschränkungen und Eingriffe zugute kommen soll. Genau hier formt sich die Spaltungslinie, hat sich ein Milieu ausgeprägt, haben sich Politikfelder ergeben und politische Leidenschaften aufgestaut, die »bleiben« könnten, selbst wenn die Piraten (wie weiland auch den Grünen vorhergesagt) an subjektiver Tölpelhaftigkeit oder im Gehäuse des Parteienwesens scheitern sollten. Als politische DNA könnte »Plattformneutralität« (Seemann 2012) wirksam sein,² wenn darunter nicht nur das single issue Informationszugang liefe, sondern eben

² Michael Seemann: Plattformneutralität – das politische Denken der Piraten, in: Christoph Bieber u. Claus Leggewie (Hg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S. 91 – 100.

eine Matrix entstünde, die andere Agenden politischer Gleichheit (Teilhabe von Migranten und Minderheiten, Religionsfreiheit, supra- und transnationale Partizipation) und Gerechtigkeit (wie Grundeinkommen, Bildung, Mobilität) integriert und das Netz hier nicht nur als Medium politischer Information und Kommunikation modelliert, sondern übergeordneten Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einer bestimmten Idee des Netzwerks zuführt.³

³ Der Text greift auf ein Konzeptpapier des KWI mit Gudrun Gersmann und Friedrich Jaeger sowie auf meinen Beitrag in dem Band ›Unter Piraten‹ (s. Anm. 2) zurück.